

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 128. Ratssitzung vom 13. Juni 2012

2805. 2009/155

Weisung vom 07.12.2011:

Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom beiliegenden Bericht betreffend Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/155, der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2009 betreffend Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial wird als erledigt abgeschrieben.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Pawel Silberring (SP): *Geprüft werden soll eine Zusammenlegung der Städtischen Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV) und der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale (KDMZ). Abgeklärt werden sollen die Auswirkungen auf die Preise, der Bedarf an personellen Ressourcen und der Raumbedarf. Die Verwaltung schätzt das Potenzial auf ungefähr 5 bis 10 %, was einer halben Million Franken entsprechen würde. Die Weisung schreibt folgerichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen dem kantonalen und dem städtischen Büromaterialeinkauf so verstärkt werden soll, dass ein möglichst grosser Anteil dieses Potenzials auch realisiert werden kann. Der Hauptteil der Weisung befasst sich mit den Auswirkungen auf die personellen Ressourcen. Ein zentraler Punkt ist, dass diese beiden Dienststellen nebst dem Büromaterialeinkauf weitere Aufgaben haben. Werden die Dienststellen nun zusammengelegt, wird eine grössere Umstrukturierung ausgelöst. Ein Synergiegewinn ist zudem nur in Kontakt mit den Lieferanten zu erhoffen, denn es wird immer noch gleich viele Endabnehmer geben. Ein weiterer Punkt: So, wie die SBMV heute organisiert ist, sind die Dienststellen nicht verpflichtet, das Material über die SBMV zu beziehen. Bei einem Outsourcing zum Kanton würde riskiert, dass die Dienststellen vermehrt selber einkaufen würden. Ich bevorzuge eine SBMV, die sich um ihre Kunden bemühen muss und Dienststellen, die allenfalls im Ausnahmefall schnell und flexibel handeln können. An dieser Stelle hat die Weisung die ganze Abschätzung abgebrochen, als klar wurde, dass durch eine Zusammenlegung kein wirklicher Gewinn erwartet werden kann. Wollte man das noch beziffern, müssten Details zur Umstrukturierung vorliegen und es müsste bekannt sein, zu welchem Preis der Kanton bereit wäre, diese Aufgabe zu übernehmen. Zum Vorwurf, dass die Weisung den Raumbedarf nicht ausdrücklich erwähnt: Der Raumbedarf hängt direkt mit dem Per-*

sonalbedarf zusammen. Wenn man beim Personal nicht sparen kann, werden auch beim Raum kaum Einsparungen möglich sein. Fazit der Weisung: Es wird eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Dienststellen angestrebt, doch auf eine komplette Fusion sollte verzichtet werden.

Marina Garzotto (SVP): Die SVP und die Kommissionsminderheit beantragen die Rückweisung der Weisung. Im Postulat wurde damals verlangt, der Stadtrat solle gemeinsam mit dem Kanton eine Zusammenlegung der beiden Schul- und Büromaterialverwaltungen prüfen. Man erhoffte sich vor allem in den Bereichen Personalbedarf, Raumbewirtschaftung und Einkauf eine Kosteneinsparung. Dem Postulat war nicht zu entnehmen, dass man die städtische Schul- und Büromaterialverwaltung outsourcen soll oder dass unbedingt der Kanton die neue, riesengrosse Büromaterialverwaltung betreiben soll. Die gesamte Weisung ist von einer Abwehrhaltung geprägt und es wird ausführlich erklärt, warum die städtische Büromaterialverwaltung genau so bleiben müsse, wie sie jetzt sei. Doch weder die Raumfrage noch die Logistik oder die Personalfrage wurden überprüft. Der Bericht gibt auch zu, dass die Abklärungen nur von der Seite der Stadt vorgenommen wurden. Der Kanton wurde nicht wirklich beigezogen. Solche Abklärungen wären aufgrund des Einsatzes von Externen gemäss Bericht zu teuer gewesen und hätten die Einsparungskosten beim Einkauf bei Weitem überstiegen. Die SVP und die Kommissionsminderheit weisen die Weisung an den Stadtrat zurück – mit der Forderung, das Postulat richtig zu erfüllen. Falls die Rückweisung nicht durchkommt, werden wir beide Ziffern ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Simon (FDP): Auch die FDP weist die Weisung zurück. Der Bericht hätte Aufschluss über den Personalbedarf, die Raumbewirtschaftung und den Einkauf bei der Büromaterialverwaltung geben sollen. Wie Marina Garzotto (SVP) bereits erwähnte, sind jedoch nur Informationen zum Einkauf bei der Büromaterialverwaltung enthalten. Die zwei wichtigen Posten Personalbedarf und Raumbewirtschaftung blieben unbeantwortet. Diese Haltung erscheint etwas desinteressiert. Es hiess auch, es könnten nur 8 bis 10 % eingespart werden, was – am Gesamtvolumen von 20 Millionen Franken gemessen – einer Einsparung von 1,5 Millionen Franken entspreche. Das Büromaterial betrage nur 7 Millionen Franken, 10 % davon würden einem Betrag von 700 000 Franken entsprechen. Es wurde kein Interesse gezeigt, weitere Abklärungen zu tätigen. Es braucht keine unnötig langen Berichte, doch auf 26 Seiten nur über den Einkauf zu schreiben, wäre nicht nötig gewesen. Für die FDP ist das Postulat nur zu einem Drittel erfüllt.

Isabel Garcia (GLP): Das Postulat stellte einen klaren Auftrag. Leider gingen bei der Bearbeitung des Postulats der Überblick und der rote Faden verloren. Das Resultat ist ein langfädiges, unübersichtliches Sammelsurium von Interpretationen des Postulatstexts, von Aufgabenbeschreibungen einzelner Verwaltungseinheiten, von geplanten und bereits durchgeführten Organisationsanalysen aller Art und Vergleichen mit anderen Städten. Das zentrale Versäumnis besteht darin, dass im Bericht nur der As-

pekt des Einkaufs behandelt wurde. Auf die beiden anderen Aspekte wurde nicht eingegangen. Somit wurden zwei Drittel des Auftrages nicht erfüllt. Aus diesem Grund ist es für die Grünliberalen klar, dass die Weisung zur gründlichen Überarbeitung zurück an den Absender geschickt werden sollte. Wir werden deshalb den Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit unterstützen. Sollte die Rückweisung hier keine Mehrheit finden, werden wir den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen und auch der Abschreibung des Postulats nicht zustimmen.

Mauro Tuena (SVP): In der ausführlichen Präsentation gegenüber dem Gemeinderat wurde auf zwei der drei im Postulat enthaltenen Punkte in keiner Art und Weise eingegangen. Auf Fragen diesbezüglich wurde geantwortet, entsprechende Ausführungen wären zu kompliziert und zu aufwändig. Wenn ein Postulat mit einem klaren Auftrag an den Stadtrat überwiesen wird, muss dieser Auftrag auch umgesetzt werden. Es sollte nicht nur auf den Teil des Postulats eingegangen werden, wo gepunktet werden kann. Es geht nicht, dass diejenigen Teile, bei denen bekannt ist, dass Einsparungen möglich wären, nicht beachtet werden – mit der Begründung, eine Abklärung dieser Punkte wäre zu aufwändig. Wir hätten gern mehr zum Personal und den Raumkosten erfahren. Mit dem Rückweisungsantrag wird dem Stadtrat die Möglichkeit gegeben, diesen Teil noch zu erfüllen.

Mark Richli (SP): Kommt man zum Schluss, dass eine Fusion oder eine enge Zusammenarbeit von zwei Unternehmen keinen Sinn macht, weil die Unternehmen zu unterschiedliche Aufgaben haben, müsste klar sein, dass es keinen Sinn macht, abzuklären, welche Einsparungen durch Personal- und Raumzusammenlegung von zwei verschiedenen Dienststellen möglich sind.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber: Es wurden nun Vorwürfe geäußert, wir hätten eine starke Abwehrhaltung und Desinteresse an den Tag gelegt und der Bericht sei nichtssagend. Wir nehmen diese Vorwürfe zur Kenntnis. Doch in unserem Verständnis haben wir die Arbeit sehr seriös durchgeführt. Wir haben es zuerst intern im Departement geprüft und später aufgrund des Postulats einen Auftrag zusammen mit der KDMZ durchgeführt. Wir haben eng mit dem Kanton zusammengearbeitet und kamen zum Ergebnis, dass das Sparpotenzial durch den zusätzlichen Aufwand konsumiert würde. Deshalb kamen wir gemeinsam zum Schluss, dass die Übung an diesem Punkt abgebrochen werden sollte. Um alles genau zu prüfen, hätte eine sogenannte Due-Diligence-Prüfung erfolgen müssen, die man extern hätte vergeben müssen, was wiederum mit hohen Kosten verbunden gewesen wäre. Wir arbeiten in den Bereichen, wo es Sinn macht, bereits heute eng zusammen und werden diese Zusammenarbeit noch intensivieren. Bei einer Rückweisung werden wir selbstverständlich weitere Abklärungen tätigen. Dies würde allerdings noch einiges an Aufwand bedeuten und das Ergebnis wäre ein ähnliches oder das gleiche. Wir haben alles sehr seriös abgeklärt und kamen zum Schluss, dass eine Zusammenlegung nichts bringen würde. Zur Due-Diligence-Prüfung sollte noch erwähnt werden, dass die KDMZ auf den Ebenen Kanton, Fachbereich und Fachverantwortliche

4 / 5

nicht mitgemacht hätte. Wir müssten demnach noch die politische Seite mit einbeziehen. Ob dies gelingen würde, wäre ungewiss.

Roger Liebi (SVP): *Die Verwaltung erwähnte, Abklärungen seien extrem aufwändig und schrieb aber im Bericht ausführlich nur über einen Teil, anstatt alle Antworten zu geben. Stadtrat Lauber sagte, dass der Aufwand nicht zumutbar sei. Doch in anderen Bereichen wurden schon etliche Kosten-Nutzen-Analysen vorgenommen und wir wurden nicht einmal gefragt. Jetzt möchten wir etwas wissen und erhalten keine Antwort. Das geht nicht. Der Stadtrat hat nun die Möglichkeit, unsere Fragen noch zu beantworten. Es heisst nicht, dass wir dann den Bericht ablehnen. Die CVP sollte sich hier nicht hinter ihren Stadtrat stellen, sondern über ihren eigenen Schatten springen. Es geht darum, dass wir einen besseren Bericht erhalten.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Lucia Tozzi (SP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Marina Garzotto (SVP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Abwesend:	Marc Hohl (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 52 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Dr. Pawel Silberring (SP), Referent; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Lucia Tozzi (SP), Christina Hug (Grüne), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Marina Garzotto (SVP), Referentin; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Dr. Thomas Monn (SVP)
Abwesend:	Marc Hohl (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 52 Stimmen zu.

5 / 5

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom beiliegenden Bericht betreffend Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2009/155, der FDP-Fraktion vom 6. Mai 2009 betreffend Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Zusammenlegung der städtischen und kantonalen Bereiche für Büromaterial wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Juni 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat